

# Der Gewerkverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Wiederjährlicher Abonnementpreis durch die  
Post bezogen und abholen vom Postamt 06 Mi.;  
bei jeder Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pg. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bezahlungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung des Verbands- und Berufs-Vereins  
Centralrat der Deutschen Gewerkvereine  
(Gewerkschaften).  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Seite:  
Geschäftsamt, 25 M., Familienamt, 15 M.  
Vereinsamt, 10 M., Arbeitsmarkt gratis.  
Reklamation und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalder Straße 221/223.  
Gernsprecher: Amt VII, Nr. 2720.

Nr. 78.

Berlin, Sonnabend, 14. September 1907.

Nennnundertsiebigster Jahrgang.

## Inhalts-Vergleichs-

**Gewerkverein und Gewerkschaften.** — Der Industriellen und Gewerkvereine. — Der Wissen- und Wissenschaften. — Aus der Statistik der Arbeiterversicherung. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkvereins-Teil. — Berufs-Teil. — Anzeigen-Teil.

## Gewerkverein

### UND -Gewerkschaften.

Unser Ruf: „Werbt freiwillige Abonnenten für den „Gewerkverein“!“ darf jetzt nicht verfliegen. Der Quartalswechsel naht. Da gilt es, die Säumigen an ihre Pflicht erinnern, die Eifriger zu rascher Werbearbeit immer und immer wieder anspornen.

Der Abonnementpreis für das Verbandsorgan, 65 Pg. für das ganze Quartal und 18 Pg. Bestellgeld bei freier Lieferung ins Haus, ist derzeitig niedrig bemessen, daß die übergroße Mehrzahl der Verbandsgenossen das kleine Opfer wohl bringen und auf den „Gewerkverein“ abonniert sind. Wer aber jederzeit im wirtschaftlichen Kampfe seinen Mann stehen will, der kann das Verbandsorgan nicht entbehren.

Datum wenden wir uns wiederholt an alle diejenigen, die den Wert der Presse für die Agitation erkannt haben. Fordert in jeder Eignung zum Abonnement auf, schreibt Euch die Namen auf, zieht selbst das Geld ein und bestellt für alle zusammen das Blatt!

Werbt Abonnenten  
für den „Gewerkverein“!

## Die Industriellen und die Sozialpolitik.

Der Generalsekretär des „Centralverbandes Deutscher Industrieller“, Herr Bued, veröffentlichte in den „Verhandlungen, Mitteilungen und Berichten“ seines Verbandes eine größere Arbeit über: „Die Sozialpolitik im Reichstage“. Der Titel dieser Arbeit ist nicht ganz richtig gewählt. Wir glauben ihn in der Überschrift unseres Aufsatzes besser zu treffen. Herr Generalsekretär Bued sieht mit aller Offenheit einander, wie der Centralverband der Industriellen über die Sozialpolitik denkt, und geht dabei sogar so weit, daß er die Konferenzen selbst aus Kosten derselben Partei lobt, der er selbst angehört, nämlich der nationalliberalen.

Die umfassende Arbeit des Herrn Generalsekretärs der organisierten Industriellen hat aber auch nach einer anderen Richtung hin gerade für uns Gewerkschafter ein besonderes Interesse. Es ist die Schilderung, wie sich der Centralverband der Industriellen, eine wirtschaftliche Organisation, zu den politischen Parteien und ihrer Tätigkeit im Reichstage stellt. Dieser wirtschaftliche Verband hat ganz trügt in die Wahlen und in die Politik mit eingegriffen.

Zunächst indirekt, indem die zum allergrößten Teile im Centralverband deutscher Industrieller vereinigten Industriellen an der Wahlbewegung den lebhaftesten Anteil nahmen. Es sei kaum nötig hervorzuheben, meint Herr Bued, daß die politischen Anhängerinnen der Industriellen, wenn auch im einzelnen nach Maßgabe der von den größeren politischen Parteien verfolgten verschiedenen Richtungen aneinandergehend, doch jetzt und unveränderbar in der nationalen Grundanschauung wurzeln. Dementsprechend hätten

sich die Industriellen nicht nur persönlich an den Wahlen eifrig beteiligt und für diese in ihren eigenen Wahlkreisen erhebliche Beiträge geleistet, sondern — der Aussichtserklärung des Centralverbandes folgend — auch eine sehr bedeutende Summe aufgebracht, die allen auf nationaler Grundlage stehenden bürgerlichen Parteien, nach Maßgabe der Stärke ihrer bisherigen Vertretung im Reichstage, gleichmäßig für die Wahlen zur Verfügung gestellt werden sei. So unterstützt der Unternehmer-Verband alle aus nationalen Gründen stehenden bürgerlichen Parteien, um sie so nebenher auch für sich und seine Interessen zu interessieren. Man wird nicht ungeschickt mit der Wurst nach der Spezies.

Aber der Centralverband der Industriellen ist doch nur eine wirtschaftliche Organisation, hören wir einwenden. Natürlich! Auch darüber äußert sich Herr Bued:

Der Centralverband sei begründet worden zur Wahrung und Förderung der wirtschaftlichen Interessen der deutschen Industrie. Die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse sei aber in mancherlei Hinsicht wesentlichen Bedingungen beeinflußt und abhängig von der allgemeinen politischen Lage und der von ihr bedingten und aus ihr hervorgehenden Gesetzgebung. In Erfüllung seiner Aufgabe sei daher der Centralverband verpflichtet gewesen, häufig genug auf die außerhalb des Kreises begrenzten wirtschaftlichen Gebiete liegenden Bestrebungen der Regierung und der gesetzgebenden Gattungen in den Kreis seiner Tätigkeit einzubeziehen. Das besonders habe sich das als notwendig erwiesen in Bezug auf die mit den wirtschaftlichen Verhältnissen in innigem Zusammenhang stehende Sozialpolitik im allgemeinen und auf die sozialpolitische Gesetzgebung im einzelnen. In Erfüllung seiner Pflicht habe der Centralverband die nächsten die ihm zur Wahrung anvertrauten Interessen berücksichtigt und es erfordert, die Bestrebungen der Gesetzgeber, besonders auf dem lebenswichtigen Gebiete entweder unterstützt und gefördert, oder es sei bemüht gewesen, Änderungen zu erstreben oder die bestehenden Maßregeln gänzlich zurückzuweisen und zu bekämpfen. Dem Centralverband werde von den vorliegenden Stellen das Zeugnis nicht verfugt werden können, daß er seine Bestrebungen in angemessene Formen geführt und in lokaler Weise bestätigt habe. Die Welle einer debasinglosen Opposition habe er stets von sich gewiesen und insbesondere niemals den innigen Zusammenhang übersehen und unterschätzt, der zwischen der Regierung bzw. den Machthabern auf dem Gebiete der Gesetzgebung einerseits und der Industrie andererseits besteht müsse, wenn auch die allgemeinen Interessen der Bevölkerung und des Staates gehoben und gefördert werden und gebeten sollen. Dagegen habe mit den deutschen Industriellen auch deren Vertretung, der Centralverband Deutscher Industrieller, lebhafte Anteil an der mit der Auflösung des Reichstages eingeleiteten großen Bewegung genommen, und auch, was in seiner Macht stand, aufgeboten, um die Regierung in dem von ihr aufgenommenen schweren Kampf zu stützen und ihr zum Siege zu verhelfen“.

Aus dieser Art der zweifellos sehr einflußreichen politischen Befähigung des Centralverbandes können die Gewerkschafter sehr viel lernen. Feststehend auf nationalem Boden, aber völlig unabhängig von den Parteien, also auch vom Parteistaat, hat der Centralverband der Industriellen die Politik verfolgt, die den in ihm organisierten Unternehmern nützlich war. Und kein Mitglied dieses Verbandes, welcher politischen Richtung der einzelne auch angehört, hat daran Anstoß genommen. Der nationale Standpunkt und das eigene praktische Interesse waren stark genug, um über die politische Meinungsverschiedenheit hinweg, die speziellen politischen Interessen der Unternehmer in geschlossener Einheit energisch zu vertreten.

Was waren die deutschen Arbeiter für eine

Macht, wenn sie in allen ihren Organisationen diesem Beispiel folgten, sich fernhielten von den partei- und kirchenpolitischen Einseitigkeiten, aber den nationalen Boden zur Grundlage ihrer, das praktische Arbeitereffektivität machten! Dann würde diese geschlossene Einheit der Arbeiter, organisiert in mächtigen Gewerkschaften, ein ausreichendes Gegengewicht bilden können gegen den starken Einfluß der organisierten Unternehmer.

Der Unternehmer fühlt sich in seiner Organisation in erster Linie als organisierter Unternehmer. Wir haben an dem Fall des sozialdemokratischen Unternehmers Bege, über den wir im „Gewerkverein“ berichteten, gesehen, daß auch die Sozialdemokraten, wie sie Unternehmer sind, in guter Disziplin zum Unternehmer-Verband halten. Wären die Arbeiter stark genug, in gleicher Weise zu denken und zu handeln, fühlten auch sie sich zuerst als die zu einheitlichem Streben zusammengefassten Mitglieder der Organisation und dann erst als partei- und kirchenpolitisch bewußtmachte Männer, dann könnte es gut um die Sache der deutschen Arbeiter und gut auch um den Fortschritt auf sozialem und politischem Gebiete. Eine so geschlossene, kraftvolle Organisation würde es gewiß verstehen, bei Wahrung der Arbeitereffekte doch auch das Interesse der gesamten Nation im Auge zu halten. Die Parteien brauchten dann nicht in oft wenig würdiger Weise um die Gunst der Arbeiter zu buhlen und, wie es jetzt geschieht, ein dem sozialen Fortschritte keineswegs dienliches Wettrüsten mitzumachen, bei dem die eine Partei immer den anderen den Rang durch möglichste Majestätigkeit in sozialpolitischen Anträgen ablaufen möchte. Herr Bued sagt, daß selbst die nationalliberalen Partei von diesem Wettkampf erfaßt sei und das Interesse der Arbeitgeber schon ganz angerost lasse.

Da liegt der Hund begraben! Die Parteien sollten mehr einheitliche Unternehmer- noch einheitliche Arbeitereffekte vertreten. Die Partei, die es ehrlich meint, hat nur eine Pflicht, das ist die Pflicht, dem Volke und dem Vaterlande zu dienen! Für die Wahrnehmung der speziellen materiellen Interessen haben die Unternehmer wie die Arbeiter ihre Organisationen.

Herr Bued will nicht zu den Schriftmachern gehören. Wenn er aber auf die Freikünige hämpt, die ihm viel zu arbeiterfreundlich sind, und von seinen eigenen Parteifreunden, den Nationalliberalen, befürchtet, daß sie sich, um die Stimmen der Arbeiter zu bekommen, zur Höhe der sündhaftesten Sozialideologien emporwölgen, und sich ferner darum absöhnen, die organisierten Unternehmer in das konträre Lager zu treiben, weil man dort der „zu weitgegangenen“ Sozialpolitik noch energischen Widerstand entgegensetze, dann wird er es begeisterlich finden, wenn wir ihn unter die Schriftmacher ersten Klasse rechnen.

Wir Gewerkschafter wollen, daß die Sozialpolitik sich so gestalte, daß sie die Arbeiter geistig und materiell emportreibt, dabei aber die allgemeinen volkswirtschaftlichen Bedürfnisse von Gewerbe und Industrie, Handel und Landwirtschaft durchaus würdigt. Herr Bued aber ist sehr ängstlich und fürchtet, daß schon das bisher in der sozialpolitischen Gesetzgebung Geleistete, die deutsche Industrie vom Weltmarkt verdrängen werde. Herr Bued überzeugt ganz und gar, daß mit der Förderung des Wohlstandes der Massen der Markt im eigenen Lande fruchtbar wird, was er doch auch in die Rechnung seiner Kalkulation hätte einkalkulieren müssen. Doch darüber ein anderthalb! Hier wollen wir zeigen, wie die organisierten Unternehmer es meistert verstecken, ihre Organisation in den Dienst ihrer politischen Interessen zu stellen, ohne daß die Organisation als solche ihren neutralen und von den Parteien unabhängigen Charakter verliert.

K. G.

des Vortragenden einverstanden, sich künftig an den volkswirtschaftlichen Wahlen zu beteiligen. Das Büchleinwesen, die Ehre und Tugend gebieten es uns, nicht hinter anderen Organisationen zurückzutreten. Insbesondere ist die Beteiligung an den kommenden Gewerbegelektionswahlen erlaubt zu erwägen. Zu diesem Zweck wird die Verbandsleitung ersucht, erneut den Antrag auf Einführung der Verbandswahl in den Gewerbeberichtswahlen beim Magistrat zu stellen. Die materiellen Mittel sowie die erforderliche Energie und Ausdauer, welche die Wahl bedingen, werden von den Anwesenden gern aufgebracht werden".

W. Springer, Schriftführer.

**S Würtemberg (Hessen).** Am Sonntag, den 25. August, sprach hier Kollege M. L. z., Abstimmungsbeamter des Gewerbevereins des Kaufmänner, in einer gut besuchten öffentlichen Steinarbeiterversammlung über: "Die traurige Lage der Steinarbeiter und wie kann diese gebebt werden?" Redner entledigte sich seiner Aufgabe aus bester. Die Stimmung der Anwesenden und die Aufnahme von neuen Mitgliedern zeugten, daß mit dieser Verfassung ein guter Schritt für unsere Sache vorwärts gemacht wurde.

**H Düsseldorf.** Von Seiten des hiesigen Arbeiterschaftsrates wurde vor Kurzem an den Oberbürgermeister das Ersuchen gerichtet, die städtischen Betriebsanlagen den Mitgliedern unseres Ortsverbandes an den Sonntag-Vormittagen zu einer Besichtigung zugänglich zu machen. In vor kommender Weise wurde dieses unserer Erfüllungen aufgefordert und uns zugleich schriftlich Führungen bei den Fertigstellungen angeboten. Bis jetzt haben wir die städtischen Krankenanstalten, den Schlachthof und die Wasserwerke an mehreren Sonntagen besichtigt. Wiederholte Befürchtungen erstaunten über die großartigen Errichtungen der einzelnen Betriebe und die überall herrschende Sauberkeit und Ordnung. Am Sonntag, den 15. September, findet ein Besuch der städtischen Gas- und Elektricitätswerke statt. Auch hier sind und drei Eigentümer zur Führung und Erklärung zur Verfügung gestellt worden. Am Sonntag, den 22. September, geben wir eine Besichtigung der gesamten Hafenanlagen vorzunehmen und hoffen, daß die Befestigung der Kollegen noch immer zunehmen wird, damit die Errichtungen unserer städtischen Betriebe genauer bekannt werden. Es wird beachtigt, auch noch den übrigen Betrieben im Laufe der Zeit einen Besuch abzustatten. Die diesbezüglichen Unterhandlungen sind wegen der Eigenart dieser Betriebe noch nicht abgeschlossen.

**Halle.** Der hiesige Ortsverband hielt am 31. August eine Versammlung ab, die vor Eintritt in die Tagesordnung das Andenken des jüngst auf dem Atlantischen Ocean verstorbenen Bandesleiters August Müller in der üblichen Weise ehrt. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete ein Vortrag des Herrn Dr. Otto Meyer über: "Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit in der Stadt Halle". Als Vorberichtigungsmittel erwähnte der Referent die Versicherung der Arbeitlosigkeit und das Einlegen von sogenannten Festsoldaten. Auch der Bau der Fortbildungsschule kommt für die Arbeiter dabei in Betracht, die besser ausgebildeten Beute zur Zeit ungünstigen Geschäftsausgang eher Beschäftigung finden. Die Zuschläge, die der Referent anführte, beweisen, daß auf diesem Gebiet in der Stadt Halle in 25 Jahren rund 1½ Millionen Mark aufgewandt werden sind. Redner erörterte dann die Frage der Roststandarbeiten. Auch auf diesem Gebiete hat Halle manches ge-

tan, um die Not zu mildern, aber nicht soviel wie andere Städte. Während z. B. im Jahre 1902/03 in Halle die Durchschnittsbefestigung der Roststandarbeiter 16 Tage dauerte, betrug die Zahl der Roststandarbeiter 16 Tage bereits als Roststandarbeiter nur solche zugelassen, die bereits zwei Jahre in Halle wohnten und keine Unterstützungen erhielten. Redner fand dann auf die gemeinnützigen Vereine zu sprechen, die es sich angelebt seien, den Arbeitslosen zu helfen. Alle ihre Leistungen aber werden übertrroffen durch die Organisationen der Arbeit, welche die Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben. Vorbildlich auf diesem Gebiete haben die Deutschen Gewerbevereine, die christlichen Organisationen und der deutsch-nationale Handlungsbürgerverband gefolgt. Auch die Innungen mit ihren Innungsgesellen und Arbeitsnachwuchs verdiensten ihrer Erwähnung. Einen breiten Raum nahm die Frage der Arbeitsberentierung ein. Nach Schilderung der diesbezüglichen Verhältnisse in Halle bedauerte der Referent, daß die verschiedenen Vorläufe des Magistrats an Zentralisierung der Arbeitsnachweise gefehlt seien.

In den Vortrag schloß sich eine sehr rege Diskussion, in der auch die Frage der Arbeitszämmer lebhaft erörtert wurde. Im Anschluß daran wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

"Die heute am 31. August in dem Saale der Börse, halb tagende, Versammlung des Ortsverbandes der Deutschen Gewerbevereine, H.-D., steht nach einem Vortrag des Herrn Dr. Otto Meyer über Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit an den wohlhabenden Magistrat und an die Herren Stadtvorordneten den Antrag, mit allem Eifer und allen Kräften dahin zu wirken, daß in aller nächster Zeit ein allgemeiner öffentlicher partiellär Arbeitsnachweis geschaffen wird."

Der Vortrag rüttet die Ortsverbandsversammlung an den hohen Reichstag die Bitte, ein Gesetz, die Arbeitszämmer leitend, recht bald herbeizuführen, indem dies unserer heutigen Wirtschaftsweise not tut und auf alle Fälle sogleich wirken wird".

Nach einem Schlusswort des Referenten, in dem auch das Gute Arbeitserhaltungssystem gestreift wurde, ging man zum Antrag der Fabrik- und Handarbeiter über, bei den Stadtverordnetenwahlen einen oder mehrere Verbandsgenossen als Kandidaten aufzustellen. Dieser Antrag wurde der vorgenannten Zeit halber vertagt und dann die Versammlung nach Erledigung einiger geschäftlichen Angelegenheiten geschlossen.

**H Nürnberg.** In der am 7. d. M. abgehaltenen Versammlung des Ortsvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter wurde nach vorausgegangenem Referat des Vorstandes über den 8 Uhr-Ladenöffnungszeitpunkt folgende Resolution einstimmig angenommen: "Der Ortsverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter Nürnberg erklärt sich mit dem 8 Uhr-Ladenöffnungszeitpunkt einverstanden. Es verpflichten sich die Mitglieder, auch ohne gesetzliche Regelung derselben, nach 8 Uhr keine Einkäufe mehr zu machen. Der genannte Verein erfüllt alle Gewerbevereinskollegen sowie Freunde derselben, begleichen alle, denen das Wohl der Angehörigen im Kaufmanns- und Handelsgewerbe am Herzen liegt, die Einführung des 8 Uhr-Ladenöffnungszeitpunktes dadurch zu unterstützen, daß seine Einkäufe noch 8 Uhr gemacht werden. Naturalmäßig werden die Frauen erfuhr, dieses zu beherzigen".

E. Giebler, Vorsitzender.

## Berbands-Teil.

**Versammlungen.**  
**Berlin.** Diskussionsklub der Deutschen Gewerbevereine, NO., Greifswalderstr. 221/222. Sitzung jeden Mittwoch, ab 8½ bis 10½ Uhr. Vortrag des Kollegen Lewin: "Die Stellung der Gewerbevereine zur Politik". — **Gesangchor der Deutschen Gewerbevereine (G.-D.).** Jeden Donnerstag, abends 9–11 Uhr. Versammlung im Verbandshaus der Deutschen Gewerbevereine (Grüner Saal). Seite detail willkommen. — Sonnabend, 14. September. Maschinensammlung und Metallarbeiter I. Abend 8 bis 10 Uhr. Zahlraum bei Ruth, Schlesische Str. 86, Ecke Strenzstraße, und Schumann, Brunnenstr. 119. — **Maschinensammlung und Metallarbeiter VIII.** Abend 8½ Uhr Versammlung, Greifswalderstr. 221. I. O.: Vortrag des Kollegen Lewin über: "Gewerbericht und Berblitzwahl". Monatsbericht u. a. — **Maschinensammlung und Metallarbeiter XII.** Abend 8½ Uhr, Vers. im Bereichslokal, Brunnenstr. 41. I. O.: Vortrag des Verbandssekretärs, Kollegen Erkelenz, über: "Die physiologischen Grundlagen der Agitation". Mitgliederversammlung der Betriebsräte. — **Bauteile und Handarbeiter IV.** Ab. 8½ Uhr im Bereichslokal Vers. Vortrag des Kolleg. M. und a. o. über: "Gewerbericht und Berblitzwahl". — **Vereinigte Ortsvereine der Maschinensammlung und Metallarbeiter Berlins und Umgegend.** Sonntag, 15. September, vorm. 9 Uhr, im Verbandshaus (weiter Saal), Ausstellung. I. O.: "Wohlfahrtsmittelungen". Vortrag über: "Die Gewerberichtswahlen".

### Dritte und Wiedergutmachungsvereine.

**Berne (Ortsverband).** Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4–5½ Uhr, im Lokale des Herrn Willi Schulte-Müller, Diskussionsstunde. — **Wachen (Diskussionsklub).** Jeden Sonnabend, 9 Uhr, Sitzung bei Walter, "Jägerhof". — **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Mittwoch, abends 8½ Uhr präz. in Hohmanns Hotel, Poolstraße, Diskussionsstunde. — **Spanien (Diskussionsklub der Deutschen Gewerbevereine, H.-D.).** Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, im Bereichslokal zur Palme, Ritterstraße, Sitzung. Seite willkommen. — **Welfenkirchen (Sängerkor der Deutschen Gewerbevereine).** Jeden Sonnabend, 9 Uhr, Brabe, Schalkestr. 28. Seite willkommen. — **Wachen (Ortsverband).** Jeden dritten Sonntag im Monat Verteilung im Restaurant "Zur Post", Ritterstraße 72. — **Dortmund (Diskussionsklub).** Die Sitzungen finden jed. Woche Mittwoch, abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Hehl, Brückstraße 16, statt. Seite willkommen. — **Ahne (Ortsverband).** Sonntag, 15. September, nachm. 5 Uhr, Ortsverbandsversammlung in Ahnen, Restaurant Göller, Hügelnerstraße. I. O.: Protokoll. Abrechnung vom 2. Quartal und Schiffslast. Geschäftliches. — **Hannach (Ortsverband).** Sonntag, 22. September, nachm. 2 Uhr, im "Deutschen Hof" in Eichstadt kombinierte Abschlagsung.

### Änderungen bezw. Ergänzungen zum Preisverzeichnis.

**Raifeldenland (Ortsverband).** I. O. J. Christmann, 1. Vorsitzender, Theatralenstr. 9. — **Sigmar. i. Schl. (O.-B. der Schneider).** Robert Moser, Schriftführer, Möllerstr. 33.

## Anzeigen-Teil.

**■ Insätze werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen. ■**

### Berbandsbüro der Deutschen Gewerbevereine.

Durch unser Büro sind folgende Schriften zu beziehen:  
**Sozialdemokratie u. Arbeiterschaft** v. Dr. jur. M. Steind. Preis 40 Pf.

**Wolfs-Wirtschaftslehre** von Dr. E. J. Buchs. Preis 80 Pf. Kluster zu Nutzungen, Abreise- und Beschwerde-Schriften zu Angelegenheiten der Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 60 Pf.

Was muß jeder Berichter auf der Arbeiterversicherung wissen? Welche Ansprüche hat der Berichter und wie hat er seine Rechte wahrzunehmen? Preis 35 Pf. Die reichsgerichtliche Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 1,50 M.

**Gewerberabung für das Deutsche Reich.** Preis gebunden 80 Pf.

**Krankenversicherungsgesetz** nebst dem Hilfskassengez. Preis gebunden 20 Pf.

**Arbeitsaufsicht der Deutschen Gewerbevereine** für das Jahr 1906. Preis 3 M. Rücksicht erzielende Statistiken können ebenfalls noch in demselben Preise bezogen werden.

**Arbeiterschlag im Heimarbeit.** 2 Referate von E. Winter, Berlin und R. Berndt, Dresden. Gratis.

**Die Einführung von Arbeitszämmern in Deutschland.** 2 Referate von Karl Goldschmidt, Berlin und Johann Dornbläth, Bromberg. Gratis.

**Leistungsschutz und Sozialitätsfreiheit.** 2 Referate von Karl Goldschmidt und J. D. Käfer, Nürnberg. Gratis.

Auch alle anderen volkswirtschaftlichen Schriften und Gesellschaften, wie auch Bilder und Schriften jeder anderen Art für die Verbandsbibliotheken, sind zum Buchhandlungspreise durch das Verbandsbüro zu beziehen.

Der Bestellung bitten wir, falls den Geldbetrag beizufügen, da andernfalls der Auftrag durch Nachnahme erledigt wird.

Sendungen sind immer zu richten an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/23.

**Das Bureau des Zentralrates.**

Rudolf Klein.

### Der Gewerkverein Jahrgang 1906

auf keinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsgenossen und Vereinsbibliotheken

**3,50, sonst 6 Mark.**

N.B. Frühere Jahrgänge werden zu denselben Preisen abgegeben.

**Verbandsbüro:**  
Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.

**Goldsendungen nur an Verbandskassiere**

**R. Klein,**  
Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.

### Verbandsgenossen tauscht

und sonst, daß auch die Mitglieder der Familie alle Einkäufe vor 8 Uhr abende machen. Der Verein der Deutschen Kämmerei wird dabey unterrichtet in seinem Streben auf Einführung des Schuharbeitschusses.

niemals nach 8 Uhr abends



8 Uhr abends

Bestimmungen: Gevor. Gewinn, Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23. — Land und Seezug: Goedecke & Gallien, Berlin W., Rathausstraße 11.

**Cöln und Mülheim a. Rh.** (Ortsverband). Durchreisende erhalten Beprägungskarten im Gewerbevereinsbüro, Brunnenstr. 28/1.

**Magdeburg.** Bauhandwerker 75 Pf. bei E. Schröder, Puffenstr. 14.

**Strauß (Ortsverband).** Herb. vor Markt, Bleistraße, Karton bei G. Bülow & Söhne, Budenstr. 20.

**Göttingen (Ortsverband).** Durchreisende Verbandsgenossen erhalten Bachtal-Karte und Beprägungskarten zu haben bei J. Schäbler, Bahnhofstr. 18.

**Halle (Ortsverband).** Das Ortsverbandsabsatzkonto zahlt der Wanderschäfer Lautze, Leipzigstr. 94, auf.

**Wesel (Ortsverband).** Durchreisende Gewerbevereinskollegen etab. 75 Pf. Beprägungskarte bei allen Ortsvereinskassen ob. beim Verbandskassierer Herrn G. St. A. W. Breitestr. 7 Hof 1.

**Technische Selbstunterrichts- und System Karact.-Mech.**

Elektrotechniker, Elektroingenieur, Elektromot. Elektroinstallateur, Feinmechaniker, Maschinenkonstrukteur, Werkmeister, Mechaniker, Werkzeug-Maschinenbauer, Baugewerkmeister, Zimmermeister, Maurermeister, Bautechniker, Steinmetzmeister, Stukkatur, Tiefbautechniker, Schlosser, Eisenhändler, Kunstschlosser, Bädermeister, Möbelbauer, Installateur, Glasermeister, Eisengießer, Spezialist und Anerkennungsschreiber, grat. a. a.

**Bonn & Hochfeld, Potsdam-L.**

### Der Kongress der englischen Gewerksvereine.

Zum 40. Male haben vorsangene Woche die englischen Trades Unions, die bei der Gründung der Deutschen Gewerksvereine als Vorbild gediengt haben, ihren Kongress, d. h. ihren Verbandsstag, abgehalten. Fern von den Säulen und dem Rauch der Fabrikstädte, in der alten Stadt Bath, wo außer einer Art Brötchen und Zwieback nichts Besonderes fabriziert wird, hat die diesjährige Zusammenkunft stattgefunden. Zu dem ersten Jahreskongress konnten die Gewerksvereine nur 34 Delegierte entsenden, die 118 000 Arbeiter vertraten. Dieses Jahr zählte der Kongress mehr als 500 Vertreter von Gewerksvereinen, die zusammen beträgt 1½ Millionen Mitglieder zählen, und unter diesen mehr als 500 Vertretern sind allein 34 Arbeiter-Abgeordnete, also ebensoviel, wie der 1. Kongress überhaupt Delegierte aufwies.

Der Vortrag auf dem Kongress führt der Arbeiter-Abgeordnete Gill, der auf die bedeutenden sozialpolitischen Fortschritte der letzten Jahre hinweist, aber gleichzeitig betont, daß trotzdem noch viel zu tun übrig bleibt. Das „Wichtigste aller sozialen Probleme“ sei die Frage der Altersversicherung. Allen Arbeitern über 60 Jahre müsse eine Rente von 5 Mk. pro Woche gewährt werden. Zu lebhaftem Auseinandersetzung führte namentlich der Bericht des parlamentarischen Komitees des Kongresses. Die Arbeiter-Abgeordneten gehörten nicht alle zu der eigentlichen Arbeiterpartei. Viele von ihnen saßen auf den Bänken der Liberalen. Nur hatte der vorjährige Kongress eine Resolution angenommen, die eine Einigung aller Arbeiter-Abgeordneten befürwortete. Eine große Anzahl von Arbeiter-Abgeordneten aber, besonders Trades Unions-Führer, welche mit den Sozialisten nicht zusammenarbeiten wollten, glaubten, lehnen den Anschluß an die Arbeiterpartei, denen jene angehören, ab. Andererseits sind die Vertreter der Arbeiterpartei bereit, mit den liberalen Arbeiter-Abgeordneten zusammenzutun, wenn diese sich verpflichten, bei Wahlen den Arbeiter-Kandidaten nicht entgegenzutreten, auch wenn diese Kandidaten gegen die Liberalen austreten. Diese Differenzen tauchen auch in heftiger Form auf dem Kongress zur Sprache. Der Erfolg der Debatte war ein Besluß, daß die Unterhandlungen zwischen der eigentlichen Arbeiterpartei und den liberalen Arbeiter-Abgeordneten fortgesetzt werden sollen.

Für die Arbeiter wäre eine solche Einigung zweifellos von Vorteil, da sie dann nicht nur in der Arbeiterpartei, sondern auch bei den mächtigen Liberalen Vertretern ihrer Wünsche hätten. Dem „Vorwärts“ geht das aber nicht. Nach seiner Meinung „wäre es besser, den Einigungsprozeß nicht zu beenden“, um die Masse der organisierten Arbeiter ein mehr für eine sozialpolitische Politik zu gewinnen. Ihm gilt eben das Parteiinteresse mehr als das wahre Wohl der Arbeiter.

Von den wichtigeren Gegenständen, die den Kongress sonst noch beschäftigten, ist zunächst die Resolution zu nennen, die sich mit der Beteiligung englischer Arbeiter bei Ausständen im Auslande beschäftigt. Der Repräsentant sprach denjenigen Arbeitern den Schluß aus, die sich in Arbeiterstreitigkeiten des Auslandes einschließen und als Streitbrecher auftreten. Dadurch werde nur Unfrieden zwischen den Arbeitern der verschiedenen Länder gefestigt. Die Regierung müsse die Macht erhalten, denen das Handwerk zu legen, die Streitbrecher nach anderen Staaten auszuführen; denn es sei eine Schmach, daß in England Arbeiter angehören würden, um den Unternehmern zu helfen, die in Antwerpen und an anderen Orten die Beleidigungen der Arbeiter um die Besserung ihrer Lage unterdrücken. Man brauche sich nicht zu wundern, wenn nach solchen Vorfällen fremder Arbeiter stünde. Eine im Sinne dieser Ausführungen gehaltene Resolution wurde einstimmig angenommen.

Ein weiterer Antrag richtete sich gegen das englische Oberhaus. Während von der einen Seite nur eine Beschränkung seiner Machtsbefugnisse verlangt wurde, traten die radikaleren Elemente für die völlige Befreiung der Lordkammer ein. In letzterem Stunde wurde auch der Beschuß des Kongresses gefasst.

Das dritte Thema von größerem Interesse bildete die Besprechung der Unruhen in Belfast. Namentlich die Herbeileitung von Militär zur Unterdrückung der Unruhen wurde scharf getadelt und eine Resolution angenommen, die den Bürgermeistern das Recht entgegen wiesen will, in solchen Fällen Militär heranzuholen.

Die übrigen Beschlüsse sind demgegenüber nur von untergeordneter Bedeutung. Ohne eine gründliche Diskussion vorauszunehmen, wurde eine starke Resolution gegen den Militarismus angenommen. Ein Antrag, von der Regierung die Einführung von obligatorischen Schiedsgerichten bei gewöhnlichen Streitigkeiten, wie sie in Neuseeland bestehen, auch für England zu verlangen, wurde mit über 1 Million Stimmen gegen 340 000 abgelehnt. Angenommen dagegen wurde eine Resolution, die das Schiedsgericht vollständig beseitigen und der gesetzlichen

Zustift entziehen will. Zur Frage der Heimarbeit hatte der Verband der weiblichen Arbeiter eine Resolution eingereicht, die Regierung aufzufordern, einen gesetzlichen Minimallohn für die Heimarbeiter festzulegen, weil deren niedrige Löhne eine beständige Gefahr für die organisierten Arbeiter bildet. Nach lebhafter Diskussion wurde beschlossen, für die Einrichtung von Wohnbehörden für die Heimarbeit einzutreten.

Zweitens zeigt auch der Verlauf dieses Kongresses, wie schwer es ist, die englischen Organisationsverhältnisse zu beurteilen. Das Eine steht aber fest, daß die Versuche, die Trade-Unions von ihren bevägten Bahnen abzubringen, bisher als gescheitert betrachtet werden müssen.

L. L.

### Der Witwens- und Waisenfonds.

Vor kurzem ist eine Zusammenstellung über die Erspartnisse und Überschreitungen des Reichsverbauchsstaats veröffentlicht worden. Diese Zusammenstellung enthielt manche Überraschungen, leider aber keine angenehmen. Die Rentenverträge sind weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Mehr als Überfluss aber hat die amtliche Feststellung der Tat-ache hervorgerufen, daß die für die geplante Witwen- und Waisenversicherung angesammelten Kapitalien bisher so gut wie ganz fehlen. Es ist für den befreitenden Fonds nichts übrig geblieben.

Als vor einigen Jahren bei der Beratung des Bollstritz das Zentrum auf den Gedanken kam, durch die Witwen- und Waisenversicherung dem deutschen Volke die bittere Falle der Bollerhöhungen etwas zu überwinden, weil es mit Recht große Aufmerksamkeit über die zu erwartende Verstärkung aller Lebensmittel in der Bevölkerung befürchtete, wollte die Regierung von einer solchen Gegenleistung ursprünglich nichts wissen. Die Reichslagtmehrheit jedoch folgte der Anregung des Zentrums, und so wurde der berühmte § 15 in das Bollstritzgesetz aufgenommen, nach welchem der Bollerträge für Rothen, Weizen und Spelt, Rindfleisch, Schafe, Schweinefleisch, Schweinspeck und Fleisch, soweit sie den Durchschnitt der Rechnungsjahre 1898 bis 1903 übersteigen, zur Erleichterung der Durchführung einer Witwen- und Waisenversorgung verwendet werden sollen. Bis zum Inkrafttreten eines diesbezüglichen Gesetzes sollten diese Bollerträge für Rechnung des Reiches angehäuft und verzinslich angelegt, die Zinsen und die weiter eingehenden Bollerträge jedoch, wenn bis zum 1. Januar 1910 ein solches Gesetz nicht in Kraft trat, den Invalidenversicherungsanstalten zum Zwecke der Witwen- und Waisenversorgung der bei ihnen Versicherten überwiesen werden.

Es gab Leute unter den Zollfreunden, welche teils in gutem Glauben, teils in der Absicht, die Beleidigung auf jeden Fall durchzuholen, den Mehrertrag dieser Höhe auf 80 und mehr Millionen Mark schätzten. Daran glaubt ja längst niemand mehr. Schon bei der Beratung des letzten Ets wurde der Betrag auf 22 Millionen herabgesetzt. Jetzt zeigt sich, daß auch diese Schätzung noch zu hoch war und zwar zu hoch um - 22 Millionen Mark. Denn die genannten Lebensmittel haben nicht einen Mehrertrag gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 1898 bis 1903 gebracht, sondern sind noch hinter ihm zurückgeblieben. Wenn auch nicht in jedem Jahre das Resultat das gleiche sein wird, so kann man doch mit einiger Sicherheit darauf rechnen, daß dem Witwen- und Waisenfonds Bollerträge, die bei der Höhe der für die Hinterbliebenen-Versicherung erforderlichen Mittel neunenwert sind, nicht werden gezaubert werden können. Wahrsch, eine bittere Enttäuschung! Leider sind auch in diesem Falle wieder die Arbeiter die Geopressten.

### Aus der Praxis der Arbeiterversicherung.

Man ist sich noch nicht allzuweg darüber klar, welche Aufgaben der Vertreter des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine am Reichsversicherungsamt zu erfüllen hat. Es werden daher auch von den Anforderungen gestellt, die den eigentlichen Geschäftsgang, wo ihn sich der Verbandsstag dachte, als er die Stelle schuf, sehr erschweren.

Eines kann man im allgemeinen nicht verlangen, nämlich, daß von ihm Kunst in allen möglichen Kleinigkeiten erfordert wird. Man versteht uns recht. Heute ist es so, daß jemand, der im Osten oder Westen gerne wissen will, welche Entnahmenmarken er liegen, bei einem Jahresdienst von 800 Mk., nach Berlin an den Reichsarbeitsdirektor schreibt und sich Kunst erfordert. Wir wissen, daß das z. B. oft nicht anders zu machen ist, aber wir müssen betonen: Es ist dringend zu wünschen, daß die Ortsverbände Arbeitsdirektoren, Reichskunstkommissionen oder Auskunftsberäume errichten, die solche Fragen selbst erledigen. So lange allerdings innerhalb des Reichsverbandes keine Auskunftsstellen bestehen, kann und muß es zu bleiben, aber wir müssen erwarten können, daß die Ortsverbände in größerem Umfang dieser Frage näher treten. Dennoch werden wir durch eine Kritikserie die nötigen Unterlagen dazu bieten.

Weiter ist der Vertreter am Reichsversicherungsamt weder Schiedsgericht noch Sonnabteilung. Gibt es da Kollegen, die jenen ein paar Unfallakten und Schreiben, wenn es doch kommt, ein paar Zeilen dazu, die mich wenig belägen? Oft geschieht das nicht einmal — und jetzt soll man die umfassendsten Auskünfte ertheilen über was, wie, wieviel, wo, wann und etliches anderes. Das geht nicht. Woher soll man die Kenntnis des Falles nehmen? Aus dem Handgelenk, aus der Luft? Richtige Auskunft kann man nur ertheilen, wenn man auch vollständige und richtige Angaben erhält. Deshalb ist stets bei allen Anträgen eine genaue Schilderung des Sachverhaltes zu geben. Wo das nicht geschieht, vergrößert Rückfragen stets die Erledigung.

Man hat auch Schlauberger im Lande. Die Leute handeln wie folgt: Ist jemand mit seinen Ansprüchen am Schiedsgericht abgewiesen worden und nimmt nun in seiner Heimat die Auskunftsstelle in Anspruch, um Rechts zu erheben, so nimmt Freund Schlauberger von der Auskunftsstelle ein Urteil, sendet die ganzen Unfallpapiere nach Berlin und schreibt kurz dazu: Rege in der Sache sofort Rechts ein. Papier anliegend. Warum ist das falsch? Wenn man einen gut begründeten Rechts einlegen will, muß man den Berichter sehen, mit ihm sprechen, mit dem eben. Jungen reden können nix. Das alles können wir von Berlin aus nicht. Wir sind in allem nur auf die Akten angewiesen. Alten aber sind Papiere mit toten Buchstaben. Die Rechtsauskunftsstelle selbst muß also eine gute Rechtschrift machen. Erst wenn diese abgegangen ist — aber dann sofort sende man die Akten nach Berlin. Dort wird die Sache nachgeprüft und event. Wider durch Rückfragen zu ergänzen versucht.

Eine andere Art Leute sind die Viehhälfte, die nie Zeit haben. Sie haben keine Ahnung, daß wohl der alte Börschow fragt hat: „Der fröhliche Mensch hat immer Zeit, nur der müde nie“. Wenn sie eine Sache am Reichsversicherungsamt haben, dann senden sie die Akten zwei oder einen Tag vor dem Termintest, ja oft erst wenige Stunden vorher. Sie hatten keine Zeit, ehe die Sachen eingetauscht; sie hatten zuviel zu tun. Der Vertreter am Reichsversicherungsamt soll nun noch in wenigen Stunden alles durcharbeiten. Das ist unmöglich. Wer das nicht begreift, muß es sich gefallen lassen, daß seine Sache nicht vertreten wird; denn eine schlechte Vertretung — und sie kann nur schlecht sein, wenn man die Sache nicht genügend kennt — ist schädlicher als gar keine.

Doch für heute genug. Nur noch einen Rat: Komme niemand persönlich nach Berlin zu einem Termin am Reichsversicherungsamt, den wir nicht ausdrücklich dazu aufgefordert haben. Er macht die Sache auf eigenes Risiko und kann häufig die Sache verderben.

### Allgemeine Rundschau.

Freitag, 13. September 1907.

**Neue sozialpolitische Maßnahmen.** Weitere Einschränkungen der Sonntagsarbeit in industriellen Betrieben dürfen für die nächste Zeit zu erwarten sein. Auf Veranlassung des Reichsministers des Innern werden nämlich Ertragsungen angesetzt, ob und in welchem Umfang eine Einschränkung der Ausnahmegesammlungen für die Sonntagsarbeit durchgeführt werden kann. Die Gewerbeaufsichtsbeamten selbst sind ebenfalls mit diesbezüglichen Erhebungen beschäftigt. Wie ein auch nur oberflächlicher Überblick über die Berichte der Fabrikinspektoren zeigt, wird die Erlaubnis zu Überschreitungen der Sonntagsarbeitszeit zu häufig ertheilt. Es ist deshalb mit Freuden zu begrüßen, daß man die Sonntagsarbeitszeit der Industrie strenger durchzusetzen will, als es bisher geschehen ist.

Des weiteren wird mitgeteilt, daß dem Reichstag gleich nach seiner Wiederöffnung eine Novelle zum Handelsregisterbuch zugehen werde. Es handelt sich darum, der Bestimmung des § 63, wonach der Handlungsbereich im Falle einer unterschiedlichen Ertragsung angesetzt auf Gehalt für 6 Wochen haben soll, den Charakter zwingenden Rechts beizulegen, so daß für die Zukunft ein Vertrag ungültig sein würde, durch den der Handlungsbereich verpflichtet wird, für den Fall der Ertragsung auf sein Gehalt ganz oder teilweise zu verzichten. Dagegen soll es gestattet sein, mit Rücksicht auf die mögliche Lage moncher kleiner Kaufleute, denen durch die Einführung von Hilfskräften besondere Kosten entstehen, die dem Ertragsunternehmen zustehenden Verträge aus der Gründen- und Unfallversicherung abzugrenzen.

Die Wirkung der Bollerhöhungen wird recht kraftig, aber auch ebenso treffend gekennzeichnet durch den Bericht der Reichskammer zu Straßburg i. G. für das Jahr 1906. Darin heißt es:

Die Tendenz der Reichskammer ist überall eine große Steigerung der Preise aller Lebensbedürfnisse zur Folge gehabt. In Deutschland ist diese Tendenz empfindlich gesteigert worden durch die am 1. März 1906 in Kraft getretenen Boller-

berungen sowohl auf viele Rohstoffe wie vornehmlich auf Rechtsgüter. Die Fleischpreise sind unter den doppelten Einfluss der hohen Zölle und der Grenzpreise weiter in die Höhe gegangen. Wenn die Grenzpreise im Berichtsjahr noch nicht im gleichen Maße gestiegen sind, so war dies dem Umstand zuzuschreiben, daß die Betriebspreise auf dem Weltmarkt durch reicher Ernten noch niedrig blieben, und andererseits, daß im Hinblick auf die Sollertzung noch vor dem Berichtsjahr große Vorräte eingeführt worden waren.

Über nicht nur eine allgemeine Preisssteigerung ist eingetreten, sondern auch in anderer Hinsicht machen sich die üblichen Folgen unserer verschärften Wirtschaftspolitik geltend. Es wird nämlich in dem Berichte auch ausgeführt, daß „bisher sehr bedeutende Absatzgebiete, die Schweiz und Österreich-Ungarn, für zahlreiche Produkte der österreichischen Industrie durch unglückliche Zölle vollständig verschlossen worden sind“. Damit sind die Voraussetzungen, die von uns an den Zolltarif geknüpft worden sind, vollständig eingetroffen. Wir müssen aber auch die weiteren Schlüssefolgerungen, die der Handelskammerbericht aus der durch den Zolltarif veränderten wirtschaftlichen Lage zieht, untersuchen. Es wird nämlich darin für anauskönnlich erklärt, daß bei diesem Stande der Lebensmittelpreise, der notwendigerweise auch eine Vertiefung der übrigen Verträge nach einer Einführung einer allgemeinen Erhöhung der Arbeitskosten eintreten müsse — zum Teil nach schweren Lohnkämpfen“.

Eine ähnliche Einschätzung erläutert die Zollpolitik der Regierung durch den Jahresbericht der Hirschberger Handelskammer. In einer Sitzung derselben erklärte der Besitzer einer Maschinenfabrik, daß er augenscheinlich zwar noch so bestürzt sei, daß er keine Zeit gefunden habe, an eine Anfrage im Auslande zu antworten. Auf die Dauer werde ihm jedoch kaum etwas anderes übrig bleiben, als jenseits der Grenze eine Filiale zu errichten, da sein Hauptkonzern in Österreich bereits ein Zweigwerk erichtet habe.

Wir dürfen diese Dokumente ohne jeden weiteren Aufschluß zur Beurteilung unserer Verhältnisse überlassen. Wenn aber wieder einmal über die Belegschaft und Unerlässlichkeit der Arbeit bei irgend einer Zollbehörde gegegert wird, dürfte es sich empfehlen, den Straßburger Bericht zur Beruhigung entgegenzuhalten.

Neben die Konkurrenzklause der Handlungsgesellschaft hat auch die Handelskammer in Frankfurt a. M. auf sein Erfüllen dem preußischen Minister für Handel und Gewerbe ein Gutachten erstattet. Dasselbe spricht sich gegen eine allgemeine Aufhebung der Konkurrenzklause aus. Zu den verschiedenen Abänderungsvorschlägen macht sie folgende Bemerkungen:

1. Als Schallgrenze, unter welcher Konkurrenzklause ungültig sein sollen, ist ein Jahreseinkommen von Markt 2 bis 2000 je nach den örtlichen Verhältnissen zu empfehlen.

2. Als Gültigkeitsdauer der Konkurrenzklause dienten sie jetzt haben manche Firmen nur einjährige Kürzezeit verordnet.

3. Eine Bestrafung der Beitragsträger halten wir nicht für zweckmäßig, da schon jetzt § 848 B. G. gegen außerordentlich hohe Strafen einen Schutz gewährt.

4. Der Vorschlag, den Anspruch des Prinzipals von dem Nachweis des ihm aus der Verletzung des Konkurrenzvertrags entstandenen Schadens abhängig zu machen, ist abzulehnen, da durch eine solche Begrenzung der Zweck der Konkurrenzklause geradezu illusorisch gemacht würde.

5. Ein Verbot der Konkurrenzklause gegenüber Handlungsgesellschaften ist zu befürworten, zumal schon § 74 G. G. eine derartige Besteuerung mit mindestens dreijährigen Handlungsgesellschaften für möglich erklärt.

Diese Vorschläge bleiben bedauerlicherweise noch hinter denjenigen zurück, die seitens einer Reihe anderer Handelskammern gemacht worden sind. Sie erinnern unwillkürlich an das Wort: „Wohl mir den Welt, aber mach ihn nicht nörd!“ Die Handlungsgesellschaften können sich damit auf keinen Fall einverstanden erklären. Für sie gilt die Parole: „Fort mit der ganzen heutigen Konkurrenzklause!“

**Sozialdemokratische Konsumvereine.** Eine Versammlung von Elektromotorenfirmen in Berlin hat beschlossen, angesichts der Verhältnisse aller Gewerbemittel in einer Volumenbewegung einzutreten. Den Arbeitgebern sollen bestimmte Forderungen eingereicht und eine Woche Zeit zur Antwort gegeben werden. — Die in der baltischen Unionsfabrik in Ludwigshafen beschäftigten Metallarbeiter haben die Volumenbewegung abzubrechen beschlossen. — Die Differenzen in der Unionssiedlung in Königsberg i. Ostpr. sind beigelegt, da die Direktion die Forderungen der Arbeiter im wesentlichen bewilligt hat; die Gesetze einer Auspferzung ist damit abgewendet. — Die Stadtverordneten von Elberfeld und Witten haben eine 10—20-prozentige Erhöhung der Löhne der baltischen Arbeiter beschlossen. — In Neu-Jena-Lauburg sind die Metallarbeiter in eine Volumenbewegung eingetreten. Sie verlangen einen Tarif mit 9-tägiger Arbeitszeit, 10-prozentige Verkürzung und Festsetzung eines Minimallohnes nach Alterstgrenze. Die Fabrikanten legen ihre Forderungen rückwärts ab, worauf in allen Be-

trieben die Ründigung eingereicht wurde. — Die Bauhilfsarbeiter in Braunschweig sind am Dienstag sinnlich in den Ausstand getreten. — Bei dem Bau des Mittellandkanals ist es zu einem Streik der ausländischen Arbeiter gekommen. Am Deichbau in Bremen haben etwa 80 Italiener die Arbeit eingestellt, weil ihnen Lohnablage gemacht sein sollten. Andere Landarbeiter erklärten sich mit den Streikenden solidarisch und legten die Arbeit ebenfalls nieder. — Die Konfektionsarbeiter in Aschersleben haben die Arbeit an den früheren Bedingungen wieder aufnehmen müssen, worauf auch seitens der Arbeitgeber die Auspferzung aufgegeben wurde.

In Antwerpen ist der Friede noch immer nicht eingetreten. Nachdem es urprünglich hieß, daß auf Grund neuer Vermittlungsvorschläge der Streit im Hafen wahrscheinlich noch im Laufe der nächsten Woche beendet sein würde, so ist der Unternehmer sich bereit erklärt haben, mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen zu verhandeln, gegen die neuen Nachrichten wieder zu danken, daß die Lage völlig unverändert ist. — Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes von Nord-Wales hat in einer in Birmingham abgehaltenen Versammlung beschlossen, die Verträge mit den Koblenzeren zum 28. d. M. aufzugeben; von der Maßregel werden 10 000 Mann betroffen.

Einen sehr verständigen Standpunkt hat das bayerische Verkehrsministerium in der Angelegenheit des um sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten gewählten Eisenbahnhauptarbeiterleiters Kochhauer eingenommen. Auf sein Gesuch hin wurde ihm zum Zwecke der Teilnahme an den Verhandlungen des Landtages Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes für die Dauer der Landtagsverhandlungen gewährt. Nach der bayrischen Berufung darf den gewählten Staatsbeamten und im öffentlichen Dienste stehenden Personen die Teilnahme an den Landtagsverhandlungen nicht versagt werden. Da nun Kochhauer kein Beamter ist und nach den Präsidien des Gesetzes auch kein Bediensteter, so hätte rein formell die bayerische Regierung ihm die Genehmigung verliehen müssen. Das ist nicht nach dem Buchstaben des Gesetzes, sondern nach seinem Geiste gehandelt hat, höchstens und steht in einem ehrlichen Gegenstand zur Halbierung der baltischen Regierung in dem viel erweiterten Fall Schufle.

**Das Koalitionsrecht der Arbeiter** summert manche Unternehmen verächtlich wenig. Auf der Eisensteingrube „Georg Friedrich“ in Hannover, die zur Albedi-Hütte gehört, hatte sich eine Anzahl von Arbeitern dem sozialdemokratischen Bergarbeiterverbande angeschlossen. Daum hatte das die Grubenverwaltung erfahren, da ließ sie folgende Bekanntmachung anplakieren.

#### Bekanntmachung.

Wie der Besitzshaft bekannt sein wird, haben sich verschiedene Grubenarbeiter einem Arbeiterverbande angeschlossen. Ich habe hierzu der Direktion der Albedi-Hütte Mitteilung gemacht und die Richtlinie erhalten, daß ich jeden Arbeitnehmer, der einem sozialdemokratischen Verbande als Mitglied angehört und seinen Anstand aus diesem Verbande innerhalb acht Tagen nicht vollzogen hat, sofort hinbringen soll. Ich fordere hiermit jeden Grubenarbeiter auf, mit Mitteilung innerhalb dieser Woche zu machen, daß der Verbande nicht angehört oder aus demselben ausgetreten ist. Wer glaubt, dieses nicht tun zu können, mag am 31. August 1907 die Werkstatt besuchen.

Grube Georg Friedrich, den 19. August 1907.  
Geschäftsführer: Wegmann.

Den Worten folgte die Tat auf dem Fuße. 9 Arbeiter, die auf ihr Koalitionsrecht nicht verzichten wollten, wurden entlassen. Wir haben wahrhaftig keine Veranlassung uns für den alten Bergarbeiterverband ins Zeug zu legen. Aber was heute ihm passiert, kann morgen gegen unsere Organisation angetan werden. Grundsätzlich müssen wir gegen jenen Gewalttaten protestieren, der die Arbeiter ihres heiligsten Rechtes, des Koalitionsrechtes, beraubt.

**Sozialdemokratische Konsumvereine** als Tarifverhandlungsteile. Unter dieser Stichmarke vereinigen sich die „Arbeiter“ in seiner letzten Nummer zwei Vorlesungen, die zeigen, daß manche sozialdemokratischen Konsumvereine auch die abgeschlossenen Tarifverträge durchbrechen, wenn sie dadurch einen Vorteil an erreichen glauben. Der eine Fall des Tarifvertrages betrifft die Fabrikarbeitergesellschaft in Hamburg. Diese Mensenschaft, die seinerzeit von treuen Biegern gegründet worden ist, macht überall in Deutschland und im Auslande, wo die sozialdemokratische Bevölkerung in höherem Maße vertreten ist, damit sie kann, daß ihre Gewerkschaften gemeinsame Arbeitsschäfte und daß bis in die Gewerkschaften beschäftigten Arbeitern unter den günstigsten Verhältnissen tätig seien. Durch den gleichen Menschensatz hat sich die Fabrikarbeitergesellschaft einen gleichmäßig aufgedeckten Kundenkreis erschaffen. Jetzt wird bekannt, daß diese sozialdemokratische Mensenschaft den Tarifvertrag bricht, indem sie Arbeitskräfte einfiebt, die nicht tarifmäßig entlohn-

werden. Um die Umgebung des Tarifvertrags leichter bemerkstetigen zu können, werden die Arbeitsträger nicht durch den für die Arbeitsvermittlung tariflich bestimmte Arbeitsnachweis angenommen. Auf ähnliche Weise umgeht der unter sozialdemokratischer Leitung stehende Konsumverein in Oberfeld die Bestimmungen des bestehenden Tarifvertrages. Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, wenn schon jetzt viele Arbeiter sagen, die sozialdemokratischen Konsumvereine seien nur für die Beamten und obersten Leiter geschaffen.

Die reine Komödie sind offenbar jene „modernen“ Kundgebungen des internationalen Proletariats, wie sie unter dem Namen Internationaler Sozialistenkongress veranstaltet werden. Wie auch in unserer Besprechung der Stuttgarter Tagung mitgeteilt wurde, ist dort u. a. auch eine sozialistische indische Führerin aufgetreten. Über diese Nummer hat sich Edward Bernstein in Breslau noch dem Bericht des „Vorwärts“ folgendemmaßen gedacht:

„Es sei der Kongress nicht würdig gewesen, wieder wie in Amsterdam eine Vertretung Indiens vorzuführen. Zu Amsterdam habe man den alten Adel Dababel Raarobie als Vertreter der hungrigen Indianer und gegen England sprechen lassen, obwohl man wußte, daß Dababel Raarobie seit 50 Jahren wohlhabender Kaufmann in der City von London sei. (Heiterkeit.) Schon Engels habe ihn Jahrzehnte lang gefaßt, ebenso wie er ihm Bernstein seit langem bekannt sei. Gewiß achtete und schätzte er den Mann, allein den Einbrud, als fände er aus. In Stuttgart habe man nun gar eine indische Prinzessin vorgeführt. Was die erzählte, daß sie zum auf die Bühne klettern“ gewesen. Man sollte fünfzig Kongresse nicht wieder so etwas vormachen“.

Wir verzichten gern auf jeden Zusatz, da er den Wert dieser Charakteristik nur abschwächen würde.

**Christliche Gewerkschaften und Bund der Landwirte.** Im Reichs-R. 283 vom 5. Sept. 1907 schreibt Herr Franz Behrens, Archivar des christlichen Gewerberates der Bergarbeiter:

Der Bund der Landwirte möchte sich ein Vertrat auf die Nation erwerben, wenn er eine Verständigung zwischen Bauernbewegung und christlich-nationaler Arbeitersbewegung auf vorurteilsfreier Basis etabliert.“

Herr Behrens lehnt sich also unabdinglich nach dieser Verständigung, die die christliche Gewerkschaftsbewegung in Lager des extremen Agrarientums treiben möchte. Denn in anderer Richtung würde sich eine vom Bunde der Landwirte eingesetzte Verständigung sicherlich nicht bewegen.

Den Kampf gegen den Alkoholmissbrauch hat in Norwegen jetzt auch die Gelehrte aufgenommen. Veranlaßung dazu gibt die weite Ausdehnung der Trunksucht. Goll es doch allein in Christiania, der 200 000 Einwohner zählenden Hauptstadt, 12—14 000 notorisches Trunkenbolde geben. Das gegen die Trunksucht neu geschaffene Gesetz ist am 1. August d. J. in Kraft getreten und enthält überaus strenge Strafbestimmungen gegen Trunksucht, sowohl als auch gegen Begünstigung derselben. So wird die Trunksucht an öffentlichen Orten, wie die „Hamn-Nadr.“ mitteilen, nicht nur mit Geldstrafen, sondern mit längerer Freiheitsstrafe geführt. Diese findet obligatorische Anwendung in allen Fällen, wo es sich um mindestens zweimalige Wiederholung des Trunkseligkeitsvergehens innerhalb Jahresfrist handelt. Dem erkenntbaren Gerichtshofe bleibt es vorbehalten, in den Urteilspruch die Verweizung an eine der staatlichen Zwangsarbeitsanstalten einzufügen, woselbst der Betroffene bis zu seiner völligen Besserung — im erstenmaligen Veretzungsfalle jedoch nicht über 18 Monate — Aufnahme findet. Betundet der Korrektionsstrafe rücksäßige Gesellschafter, so erfolgt eine Strafverhängung auf die Höchstdauer von drei Jahren. Wer infolge Trunksucht die Verpflichtung gegen seine Familie verläßt, hat diese Unterlassung gleichfalls mit Gefängnisstrafe bis zu drei Jahren zu büßen. Besonders wichtig sieht es um die Abrogation des Alkoholinterdikts, die ihrer christlichen Vorstufe im Kreise lutherischer Gedanken folgt zu geben pflegen. Wer eine rücksäßige Person — sei es öffentlich oder privat — zum Alkoholmissbrauch verleitet oder einen bereits Berauschten zur Fortsetzung seines lasterhaften Beginns veranlaßt, wird mit hohen Geldbußen aber im Wiederholungsfalle mit Gefängnisstrafe bestraft. Sind die trügerischen Bergem an öffentlichem Orte statt, tritt bereits bei erstmaliger Verfehlung Gefängnisstrafe ein. Personen unter 18 Jahren ist es verboten, an öffentlichen Stellen zu vermeilen, wo spirituelle Getränke verkauft, verkauft oder sonstwie freigehalten werden, ebenso wie alkoholische Getränke unter seinem Vorname durch Mitwirkung minderjähriger Personen von einem Orte nach dem anderen verbracht oder veräußert werden.

Schuldverzerrungen auf Spieldingen rangeln auf gleicher Stufe wie Spielzettel und dürfen nicht mit gerichtlicher Heftigkeit eingetrieben werden.

Der Erfolg dieses Gesetzes beweist jedenfalls, wie energisch man den Alkoholmissbrauch in Norwegen entgegengesetzt. Auf die Wirkungen des Gesetzes, namentlich auch hinsichtlich des Ausschlusses der Jugend vom Besuch der meisten öffentlichen Lokale, darf man gehalten sein. Wir möchten sich bewirken, daß durch gesetzliche Maßnahmen dem Uebel der Trunksucht wirksam begegnet werden kann. Als viel geeigneteres Mittel erscheinen uns Aufklärung und Belehrung, zurum die Hebung des Volkes namentlich in geistiger Ausbildung.

## Gemeindeeingang - Teil

Berlin. Eine Konferenz der in den Lokomotivfabriken Dörsig-Legel, Schwarz-Loewy und Drenckau & Koppel-Drewitz bei Bötzow beschäftigten Gewerbevereinsfolger fand am Sonntag, 1. September im Verbandshaus statt. Nach einem einleitenden Referat des Bevollmächtigten, Kollegen Jordan, und einer eindrücklichen Versicherungssprache durch die einzelnen Fabrikdirektoren, wurde schließlich folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 1. September 1907 im Verbandshaus der Deutschen Gewerbevereine tagende Konferenz Delegierter der drei Lokomotivfabriken Groß-Berlin erklärte, in den ungleich festgesetzten Auftordreis für die gleiche Arbeit verschiedener Fabrikanten eine ungerechte Entlohnung. Die Anwesenden verpflichteten sich, innerhalb der Kollegenfamilie und in Werkstattversammlungen dazu zu wirken, daß die Auftordreise bei den drei oben genannten Firmen möglichst auf gleiche Höhe gebracht werden. Die Anwesenden sind ferner der Meinung, daß die bestehenden Wohlfahrtseinrichtungen nicht das sind, als was sie von den Arbeitgebern hingestellt werden. Den Arbeitern steht in den meisten Fällen weder ein Einschlags- noch Wohlfahrtskonto zu. Auch ist es notwendig, immer wieder darauf hinzuweisen, wie vorstellbar eine Beteiligung von Arbeitern an Nutzungsabanteilen bei der Gewerbevereinigung wäre.“

Arbeitern als Aufsichtsbeamte der der Gewerbeinspektion wäre.

§ 21 Absatz 1. Am Sonntag, den 8. September, beschäftigte sich hier der diesbez. Ortsverein der Walzschienen- und Metallarbeiter in einer gut besuchten öffentlichen Versammlung mit den letzten Vorgängen auf der Gewerbeinspektion Deutscher Kaiser und dem Verhalten einzelner Werksbeamten gegenüber den Arbeitern. Referent war der Kollege Göttsche. Duisburg. Die Aussage der Versammlung waren die in letzter Zeit mehrfach stattgefundenen Entlassungen von Arbeitern, die dem Gewerbeamt angehören. Der Referent kennzeichnete das Vorgehen einzelner Werksbeamten in dieser Richtung hin in saurer, aber sachlicher Weise. Bezeichnend sei die Tatsache, daß es sich um Arbeiter handelt, die jahrelang ihre Fähigkeit und Schulpflicht getan haben und nunmehr lästig und brotlos gemacht werden. Doch in diesem genanzen Vorgehen seien liegen, die dadurch gehend lauternde, daß die Anstifter von Einwaben an die Direktion nach und nach entlassen werden sollen. Die Behandlung lasse sehr viel zu wünschen übrig und sei deshalb ein Walzmüller, der in puncto Beleidigung der Arbeiter „Großartiges“ leiste. Dadurch, daß die Kündigungen in den jüngsten Jahren stetig vorgenommen werden, sollen die Arbeitnehmer mit ihren Familien doppelt schwer getroffen werden. Um Schluß seiner Ausführungen wies der Referent noch im besonderen an der Hand von Beispielen auf die gesundheitsschädliche und gefährliche Arbeit in unseren Güternbetrieben und ermpfahl die von Generalrat des Gewerbevereins der Deutschen Walzschienen- und Metallarbeiter herausgegebene Broschüre über die Verhältnisse in den Hütten- und Walzwerksbetrieben, die auch gegen Abzug fand. Die Diskussionsredner befürworteten und ergänzten noch die Ausführungen des Referenten, worauf folgende Resolution einstimmig angenommen wurde:

Da vom Gewerbeverein der Deutschen Walzschienen- und Metallarbeiter einberufene öffentliche Versammlung erläutert mit den Ausführungen des Referenten einstimmig. Die anwesenden erklärten in dem Vorgehen einzelner Werksbeamten eine rigorose Brotlösungswelle, die nur darauf abzielt, organisierte Arbeiter brotlos zu machen. Die Anwesenden verpflichteten sich, von ihrem Organisationsrecht Gebrauch zu machen und den Organisationsantrag zu stellen.

Im Schlusswort wurden die Versammlungsbefürworter nochmals ermahnt, als Antwort auf diese Gewaltmaßnahmen ohne Teilnahme am Gewerkschaftstag zu treten.

**Elegy.** In der Nr. 54 des "Gewerbevereins" sonnte über einer vom deutschen Soldatenverbände einberufenen öffentlichen Versammlung berichtet werden, in der die Kollegen Bennet und Seibt die vom Gauleiter Dietrich gegen die Gewerbevereine gerichteten Angriffe energisch zurückgewiesen und dem Herrn eine ganz gegebene Abfuhr zu teilen wünschten. Um aber eine gründliche Aklärung der verlogenen Aussführungen jenes Übergewesenen herbeizuführen, wurden stets des höchsten Ordensvereins der Fischart eine Versammlung zum 5. August einberufen, in der Kollege Schumacher erläutern war, welcher die Berliner Bewegung doch wohl besser kannte als Herr Dietrich, welche diejenige nur aus Zeitungsschätzchen seiner "wahrheitliebenden" Presse kennen gelernt hat.

eine Kollegen aus Spremberg angelösst haben. Des weiteren gibt Kollege Mattheisfahrt einen Bericht über eine Mitgliederveranstaltung des Ortsvereins der Maschinenbauert zu Drebkau, welche einen guten Verlauf der genannten hat. Es wurde ferner beschlossen, den Verlauf der Statuten des Kollegiums Göttel-Betzendorf zu übertragen. Nach Erledigung verschiedener für die Tätigkeit wichtiger Angelegenheiten wurde dann um 12½ Uhr die Sitzung vom Vorsitzenden, Coll. Neussebauer, abgeschlossen.

### **§. Rathaus, Gefreit.**

#### **Performance**

Berlin. Diskussionsclub der Deutschen Gewerkschaftsvereine (G.D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerkschaftsvereine, NO, Treptowstraße, 221/222. Sitzung jeden Mittwoch, ab 8½ bis 10½ Uhr. Gäste willkommen.  
Gesangverein der Deutschen Gewerkschaftsvereine (G.D.). Jeden Donnerstag, abends 9—11 Uhr, Lehrgangsraum im Verbandshaus der Deutschen Gewerkschaftsvereine (Ortsteil Gesundbrunnen). Sitzte brillant willkommen.— Sonnabend, 14. September, Maschineneben- und Metallarbeiter XII., abends 8½ Uhr, bei den Vereinslokalen, Brunnenstr. 11. D.O.: Beitrag des ROL Erfurt, über: „Die physiologischen Grundlagen der Tätitation“. Diskussion. — Bildhauerz. Montag, 16. September, abends 9 Uhr, Dresdenstr. 10, Versammlung.

und 1970 digitalisiert wurde.

**Herne** (Ostwestfalen). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4—5½ Uhr, im Refektorium des Herrn Will. Schulte-Matting, Disfütterkunde. — **Wesel** (Ostwestfalen). Jeden Sonnabend, 9 Uhr, Eßung bei Holbert, „Apotheke“. — **Hausberg** (Ostwestfalen). Jeden Mittwoch, abends 8½ Uhr präz. in Hünemanns Hotel, Brotstraße, Disfütterkunde. — **Spanien** (Disfütterkunde der Deutschen Gewerbevereine, d. A.). Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, im Vereinslokal vor Palme, Kitterstege, Eßung. Gäste willkommen. — **Geisenkirchen** (Sängerkongress der Deutschen Gewerbevereine). Jeden Sonnabend, abd. 3 Uhr, Brüder-Eckelerstr. 38. Gäste willkommen. — **Wachen** (Ostwestfalenverband). Jeden dritten Sonntag im Monat Vertriebenenkundung im Restaurant „Zur Post“, Süderstraße 72. — **Dortmund** (Disfütterkunde). Die Eßungen finden jede Woche Mittwoch, abends 8½ Uhr, im Refektorium des Herrn Schulte-Kückelstraße 16. Besitz. — **Gießen** (Westfalen).

Literatur.

#### Eingegangene Druckschriften

Hartmann: Die Bewertung städtischer Grundfläche in Preußen. Eine Studie über Lexikmethoden. Verlag Buttmayer & Mühlbauer - Berlin 1907. Preis gehoben 2,40 M.

**Wien:** Die Münzstiftung der Schule an der Börse für die jugendliche männliche Jugend. Verlag Albl. Bläser-Zehlendorf.  
**Wien:** Über Arbeitsbeschaffung. Preis 40 Hfl. Verlag Eduard-Sangens-Sohn.

**Handelsvertragssverein:** Der deutsche Außenhandel 1906. Verlag Epprecht & Thienessen-Berlin.  
**Dr. Borberg:** Gesetlichkeit oder gesundheitliche Überwachung der Gewerbeausübung. Verlag Ärztlische Rundschau-  
mannschaft, 1907.

München, 1,50 M.  
Kärbh., Henriette: Ein mittelbürgerliches Budget  
über einen zehnjährigen Zeitraum. Verlag Fischer-Jena.  
Preis 8,00 M.  
Dr. Heilbronn: Die "freien" Gewerbschulen seit 1890.  
Verlag Fischer-Jena. Preis 4,00 M.  
Le Traducteur und The Translator. Wer die  
französische Sprache und Geschichts- und Geographie-Kenntnisse besitzt

Berhandlungs-Teil

• Brandenb.-Niederschles. Ausübungsvorstand,  
Vorort Spremberg.

Ordentliche Sitzung des Vorstandes, abgehalten am 24. August, vormittags 10½ Uhr, im Hotel A. Jähnrich, Altbach 1. Anwesend war der gesamte Vorstand; als Gäste wohnten mehrere Kollegen vom Dribberer der Stahlarbeiter der Sitzung bei. Die umfangreiche Korrespondenz wurde verlesen. Mit mehreren Vereinen sollen schriftliche Belegerungen angestrebt werden. Ferner wurde beschlossen, eine öffentliche Bergarbeiterversammlung in Dribber abzuhalten. Mit dem Referat wurden die Kollegen Mathias C. Spremberg und Sönnel. Betschau betraut, welchen sie noch

## Anzeigen-Teil.

~~Die~~ Zulassungen werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen. ~~Die~~

**Stettin** (Ostdeutschland). Durchreisende Kollegen erhalten Logierkarten im Werte von 1,20 Ml. beim Kollegen Emil Schmidt, Stettin, Hollweg 22 im Faben.

**Hamburg** (Ortsver.). Durch  
treitende Rollen erhalten Unter-  
stützung beim Verbandsfahrtver-  
e. Sellmann, Großer Bäcker-  
gang 11, Haus 5 nt.

**Eisenach** (Ortsverband). Karten b. Käffier & Eduard Hartmann, Wiesenstraße 10.

Fahnen, Vereinsabzeichen,  
Särgen u. a. schönsten  
ab billigsten bei

**Th. Borkop, Berlin.**  
Röhm am Rhein. Durch-  
gehende Kollegen erhalten 75 Pfg.  
bei Aug. Braun, Steinstr. 68.  
Tele. 10-10000.

**Bauschlosser** für  
Bauschlosser u. Kunstschmiede,  
Klosterführung, Hoch- und Tiefbau,  
Elektrotechnik, Installationen, Bergbau,  
Maschinenbau, Kunst, u. Möbelbau,  
Schleifer, Stukkateur und Steinmetz.  
Wer erlernt man durch d. techn. Selbststudien  
Lehrwachs. Syst. Karnack-Hachfeld. Glanz-  
 Erfolge. Ansichtsendressen. Prospekte u.  
 Verkaufsanordnungen gratis und frankiert.